

Bericht der Podiumsdiskussion

„Ist Mehrsprachigkeit nicht bereits die Norm?“ vom 11. April 2018

Anlässlich des von den Koalitionsparteien gestellten Antrags „Sprachliche Vielfalt in Berlin als Reichtum begreifen und im Unterricht weiterentwickeln“ ([Drucksache 18/0277](#) vom 05.04.2017) organisierte das BEFaN-Netzwerk des VIA Regionalverbands Berlin/Brandenburg e.V. beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. eine Podiumsdiskussion.

An der Diskussion nahmen die bildungspolitischen Sprecherinnen der Fraktionen des Abgeordnetenhauses **Hildegard Bentele (CDU)**, **Franziska Brychy (DIE LINKE)**, **Dr. Maya Lásic (SPD)** und **Stefanie Remlinger (Bündnis 90/Die Grünen)** sowie **Kava Spartak** als Vertreter des Berliner Landesbeirats für Migrations- und Integrationsfragen teil. Moderiert wurde die Diskussion von **Dr. Anna Mróz** vom SprachCafé Polnisch e.V.

Das Ziel der Diskussion war der Austausch mit den fachpolitischen Vertreter*innen der Parteien über die aktuelle Situation, d.h. die Herausforderungen und Möglichkeiten des geplanten herkunftssprachlichen Unterrichts. An der Podiumsdiskussion nahmen Vertreter*innen aus den Migrant*innencommunities und Migrant*innenorganisationen (MO), pädagogische Fachkräfte und Lehrerinnen sowie Vertreter*innen aus dem Hochschulbereich teil.

Zu Beginn der Veranstaltung stellte Remziye Uykun von VIA e.V. das [Positionspapier](#) des BEFaN-Netzwerks zum „Herkunftssprachlichen Unterrichts an Berliner Schulen vor“, welches als Diskussionsgrundlage diente. Das BEFaN Netzwerk begrüßt den Antrag der Koalitionsparteien und möchte sich mit ihren Expertisen an dem Prozess der Umsetzung beteiligen, macht aber in ihrem Positionspapier auf wichtige Punkte aufmerksam, die bei der Umsetzung des Antrags beachtet werden sollten und auf die in der Diskussion eingegangen wurden.

Im Anschluss an diesen Input wurden zunächst der Prozess der Antragsstellung und die Motivation der Koalitionsparteien dargestellt und die Rahmenbedingungen für die Verankerung des herkunftssprachlichen Unterrichts diskutiert. Kritisiert wurde dabei die vorab stattgefundene Bedarfsabfrage, da sie lediglich die Schulen und damit ausschließlich die Schulleiter*innen einschloss. Die Vertreterinnen der Migrant*innencommunities wiesen darauf hin, dass ebenso die Eltern als auch Migrant*innenorganisationen hätten einbezogen werden sollen.

Im Laufe der Diskussion wurden sowohl den bildungspolitischen Sprecherinnen der Parteien, als auch dem Vertreter des Landesbeirats für Integration- und Migrationsfragen bewusst, dass MO eine wichtige Rolle in dem Prozess der Umsetzung des herkunftssprachlichen Unterrichts spielen. Dies betrifft sowohl die Erreichung und Bedarfserfassung der Zielgruppe als auch die Erstellung passgenauer pädagogischer Konzepte. Der Vertreter des Landesbeirats, Herr Spartak, der erst seit kurzem in den Landesbeirat gewählt wurde, positionierte sich ganz klar: „Die Förderung von Mehrsprachigkeit wird von nun an ein wichtiges Thema und zentrale Aufgabe für den Landesbeirat für Integration und Migrationsfragen sein.“



„Die Förderung von Mehrsprachigkeit wird von nun an ein wichtiges Thema und zentrale Aufgabe für den Landesbeirat für Integration und Migrationsfragen sein.“



Der nächste Diskussionspunkt seitens der Migrant*innencommunities bezog sich auf die Auswahl der Sprachen, die nicht nach der Größe der Communities, sondern nach Bedarf erfolgen sollte, da sonst einige Sprachgruppen von vornherein ausgeschlossen werden würden. Auch sollten zertifizierte Zentren entstehen, die entsprechende pädagogische Konzepte erarbeiten, um einen anerkannten Qualitätsstandard für herkunftssprachlichen Unterricht zu gewährleisten und passendes Lehrpersonal finden. Die Verankerung

des herkunftssprachlichen Unterrichts liegt allein in der Verantwortung der Senatsverwaltung für Bildung. Infolgedessen können z.B. über die Konsulate anderer Länder nur ergänzende Angebote geschaffen werden. Die von den Konsulaten eingebrachten Schulkonzepte basieren auf den Schulkonzepten der jeweiligen Herkunftsländer und sind nicht mit den Berliner Bildungszielen vereinbar.

Alle Podiumsgäste stimmten überein, dass eine erfolgreiche Verankerung des herkunftssprachlichen Unterrichts im Berliner Bildungssystem nur möglich ist, wenn die Zusammenarbeit und der Dialog zwischen den bildungspolitischen Akteur*innen des Berliner Abgeordnetenhauses, den Vertreter*innen der Senatsverwaltung für Bildung und den MO gegeben ist. In dieser Hinsicht wäre notwendig, dass die Senatsverwaltung für Bildung mehr Offenheit und Bereitschaft für die Zusammenarbeit mit MO zeigt. Dieser Einbezug würde einen partizipativen Prozess garantieren und eine Top-Down-Politik vermeiden.



Katarina Niewiedzial, die **Integrationsbeauftragte des Bezirks Pankow**, äußerte:

„Perspektivisch braucht Berlin ein ganzheitliches und durchgängiges Mehrsprachigkeitskonzept, das Kinder und Jugendliche in verschiedenen Lebensphasen berücksichtigt: Von der Kita bis zur beruflichen Ausbildung. Im gesamtgesellschaftlichen Interesse muss der Sprachenunterricht auch herkunftsdeutschen Kindern offen stehen.“ Über Sprache und

Mehrsprachigkeit kann somit auch ein positives Bild von Integration erzählt werden, indem Sprachkenntnisse als Ressource wahrgenommen werden, von der auch die Mehrheitsgesellschaft profitieren kann.

Die Mitglieder des BEFaN-Netzwerks möchten in Zukunft ihre vielfältigen Expertisen und Erfahrungen im Bereich der Mehrsprachigkeit im Bildungssystem einbringen. Ihr Anliegen ist es, bei der Entwicklung der bedarfsorientierten Bildungskonzepte aktiv mitzuwirken und gleichzeitig die Interessen und Bedarfe der Migrant*Innen-Communities zur Sprache bringen. Infolgedessen plant das Netzwerk als Nächstes eine Fachveranstaltung mit den Vertreter*innen der Senatsverwaltung für Bildung. Des

Weiteren ist am 26. September 2018 – dem Tag der Sprachen - ein Fachtag zum Thema Mehrsprachigkeit und Gesundheit im Bereich frühkindlicher Bildung geplant. (Text von Remziye Uykun)



Kurzinfo zum BEFaN-Netzwerk:

Das BEFaN-Netzwerk (Bildung, Eltern, Familie, Nachbarschaft) ist ein berlinweites Netzwerk, an dem insbesondere Migrant*innenorganisationen, aber auch pädagogische Fachkräfte und weitere Akteure beteiligt sind, die sich aktiv im Themenfeld „Mehrsprachigkeit und Bildung“ für die institutionelle Förderung von Mehrsprachigkeit einsetzen.

Kontakt:

Remziye Uykun, VIA Berlin/Brandenburg e.V.

Tel.: 030 / 2900 6948, Email: remziye.uykun@via-in-berlin.de

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert



Senatsverwaltung
für Integration, Arbeit
und Soziales